Kampf, eingeklemmt zwischen der absoluten Mehrheit des CDU-Ministerpräsidenten Peter Müller und seinem einstigen Übervater. Der heute 41-Jährige war Vorsitzender der Jusos im Saarland, als er 1995 zum ersten Mal orakelte: „Es gibt eine Zeit nach Lafontaine.“ Nach Lafontaine ist vor Lafontaine, das erfährt Maas dieser Tage.

Wenn die SPD einen Infostand aufbaut und für den Mindestlohn wirbt, lässt Lafontaine daneben ein Plakat der Linken hängen. „Erst die Menschen in Armut treiben und dann von Mindestlohn schwätzen“, höhnt Lafontaine darauf in Richtung SPD. „So nicht, Alter“, soll Maas gezürnt haben. Aber was soll er machen? Der Mann ist sein Trauma.

Maas hat sich zur Gegenwehr einen Sozialdemokraten an die Seite geholt, der so links ist, dass er auch von Lafontaine heftig umworben wird: Ottmar Schreiner, 62, soll als Arbeitergewissen der SPD und exponierter Agenda-Kritiker wankelmütige SPD-Wähler im Saarland binden.

Dabei gehört Schreiner zu den Freunden rot-roter Koalitionen. „Wir dürfen den Fehler aus Hessen im Saarland nicht wiederholen“, sagt er. Am Ende bleibe für die „SPD das Dilemma, sich zwischen Großer Koalition und Lafontaine entscheiden zu müssen“. Einer, der Lafontaine stoppen will, redet anders.

So zieht Lafontaine unbeirrt weiter, hat seine Saar-Partei konsequent mit Spezis durchsetzt. Seine Gattin Christa Müller ist familienpolitische Sprecherin, Landesgeschäftsführerin wurde Pia Döring, die 25 Jahre lang SPD-Mitglied war. Den früheren saarländischen Ver.di-Chef Rolf Linsler machte er zum Landesvorsitzenden. Für Linsler hat sich der Seitenwechsel nach 35 Jahren als Sozialdemokrat schon jetzt gelohnt. Er sei bei der SPD einfach nicht zum Zuge gekommen, windet sich der pensionierte Feinmechaniker.

Linsler ging einst als Arbeiterführer gegen den Ministerpräsidenten Lafontaine auf die Straße, weil der Arbeitszeitverkürzung ohne vollen Lohnausgleich sowie Sonntagsarbeit gefordert hatte. 20 Jahre später geißelt Lafontaine Zumutungen für Arbeiter als neoliberal, und sein neuer Parteifreund Linsler erzählt nur Nettigkeiten über den ehemaligen Gegner. „Wir werden denen zeigen, was ein Wahlkampf ist. Wir haben ja nur 52 Städte und Gemeinden. Da stehen wir auf jedem Marktplatz“, prophezeit er und tupft sich die Petersilie vom Schnauzer – vor sich einen Berg Froschschenkel.

In der Berliner Parteizentrale beobachtet man Lafontaines neue Vasallen mit gemischten Gefühlen. Denn auch hier wissen sie, dass Lafontaine sich die gesamte Partei so wie an der Saar wünscht, handverlesen und unterwürfig. „Wir haben die SED doch nicht hinter uns gebracht“, meint ein führender Ostgenosse, „um die Einheitspartei mit Lafontaine wiederzubekommen.“ MARKUS DEGGERICH, SIMONE KAISER

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Wenn nicht wir, wer dann?“

Der ehemalige Chef des Uno-Umweltprogramms Klaus Töpfer über einen neuen Atomkonsens, den globalen Energiehunger und Deutschland als Vorreiter-Nation für eine Welt ohne Kernkraft

CHRISTIAN BURKERT / VISUM

Töpfer, 69, war elf Jahre Bundesminister in der Regierung Kohl, bis der CDU-Mann 1998 als Direktor des Uno-Umweltprogramms nach Nairobi ging und die internationale Zusammenarbeit beim Klimaschutz forcierte. 2006 kehrte der Ökonom nach Deutschland zurück. Derzeit berät er unter anderem die chinesische Regierung in Fragen der Klimapolitik und hat einen Lehrstuhl für Nachhaltige Entwicklung an der Elite-Universität Tongji in Shanghai.

SPIEGEL: Herr Töpfer, kurz vor Ihrem Amtsantritt als Bundesumweltminister sagten Sie: „Wir müssen eine Zukunft ohne Kernenergie erfinden.“ Jetzt, 21 Jahre später, bahnt sich in Deutschland ein Comeback der Atomkraft an. Enttäuscht?

Töpfer: Die Debatte kommt ja nur deswegen auf, weil der dramatisch steigende weltweite Energiehunger vor allem in Ländern wie China oder Indien die Preise auch bei uns explodieren lässt. Die Schwellenländer wollen am wirtschaftlichen Wachstum teilhaben. Das führt dazu, dass in großen Industrienationen wie Deutschland viele Menschen Angst haben, sie könnten nicht mehr Auto fahren, den Strom bezahlen und die Wohnung heizen. Ich bleibe dabei: Wir müssen eine Zukunft ohne Kernenergie erfinden, und wir sind endlich auf einem guten Weg zu diesem Ziel.

SPIEGEL: Aber fast alle führenden Industrienationen setzen auf Atomstrom, wie vorige Woche auf dem G-8-Gipfel zu hören war, auch deswegen, weil er so billig ist. Warum sollen deutsche Verbraucher mehr bezahlen?

Töpfer: Atomenergie ist ja nicht an sich billig. In der Herstellung ist ein Atomkraftwerk zum Beispiel unvergleichlich teuer. Zu einem Goldesel wird die Anlage, wenn sie abgeschrieben ist. Ob der Atomstrom billig wird, hängt dann davon ab, ob der Betreiber diesen Vorteil an die Verbraucher weitergibt oder nur seine Gewinne steigern will, was gegenwärtig wohl eher der Fall ist.

SPIEGEL: RWE-Chef Jürgen Großmann denkt darüber nach, den Kunden einen günstigen Atomstromtarif anzubieten. Eine seriöse Offerte?

Töpfer: Wenn wir Gewinne aus abgeschriebenen Kernkraftwerken anders nutzen können als bisher, dann ist das ein sehr ernst zu nehmendes Argument für eine gewisse Verlängerung der Laufzeiten einiger zweifellos sicher betriebenen Kernkraftwerke. Es geht darum, der Bevölkerung die Anpassung an steigende Energiekosten – es wird nie mehr so günstig, wie es mal war – zu erleichtern und zugleich den Ausstieg aus der Kernenergie zu beschleunigen.

SPIEGEL: Ihre Partei, die CDU, will das Gegenteil, Generalsekretär Pofalla glaubt an eine große Zukunft der „Ökoenergie“ Atomkraft.

Töpfer: Daran glaube ich nicht. Selbst wenn es mehrere tausend Kernkraftwerke weltweit gäbe, würden sie kaum mehr als zehn Prozent des weltweiten Energiebedarfs decken. Die übergroße Menge Energie muss anders hergestellt werden. Die erforderlichen Technologien zu entwickeln, das ist hier das rationale, industriepolitische Argument.

SPIEGEL: Es ist aber doch unstrittig, dass Atomstrom weit weniger klimaschädliches CO_2 produziert als Gas oder Kohle. Warum wollen ausgerechnet Sie, der ehemals oberste Uno-Umweltschützer, darauf verzichten?

Töpfer: Ich bin sehr der Überzeugung, dass die Klimaschutzziele auch mit dem Atomausstieg zu erreichen sind. Wissen Sie, die Bedeutung der Kernenergie für den Klimaschutz wird gern überschätzt. Und das Risiko, dass nukleares Material in falsche Hände geraten könnte, wird ebenso oft unterschätzt. Das ist mein Hauptargument gegen die Kernenergie: die Proliferation, die Verbreitung von waffenfähigem Nuklearmaterial.

SPIEGEL: Auch wenn noch so viele Länder neue Atomkraftwerke bauen – gegen die Bedrohung durch nuklearen Terror sollte der Atomwaffensperrvertrag schützen.

Töpfer: Richtig, aber denken Sie daran, dass wir in eine globalisierte Welt hineingehen, in der das staatliche Machtmonopol im-

Das Gespräch führten die Redakteurinnen Petra Bornhöft und Rafaela von Bredow.

TEYMOOR / SIPA PRESS (L.); THOMAS PFLAUM / VISUM (R.)

Iranische Uran-Anreicherungsanlage*, Atomkraftwerk Biblis: *„Die Proliferation ist mein Hauptargument gegen die Kernenergie“*

mer dünner und die Sicherheit von anderen Faktoren abhängig wird.

SPIEGEL: Das heißt?

Töpfer: Dass wir uns verdammt beeilen müssen mit den Alternativen zur Kernenergie. US-Präsident George W. Bush hat vor einem dritten Weltkrieg gewarnt, weil der Iran nach Atomwaffen strebe, Nordkorea hat intensiv mit nuklearer Bedrohung gepokert. Und Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy bietet Ländern Nordafrikas, die eher instabil sind, Kernkraftwerke an. Die Zeit läuft uns davon.

SPIEGEL: Bleibt das Problem, dass es bisher keine saubere Alternative gibt. Wie sollen die erneuerbaren Energien die Grundversorgung garantieren?

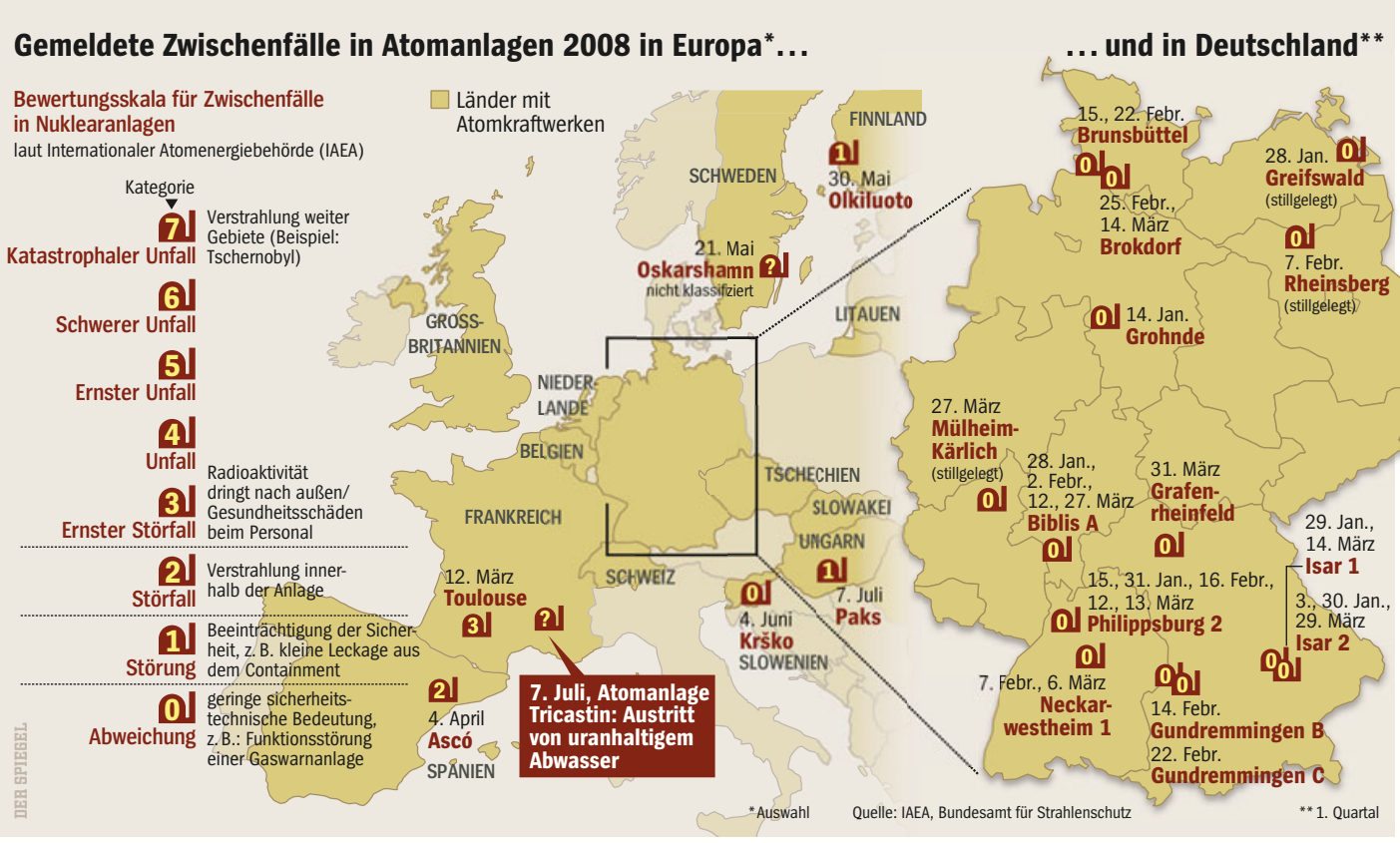
Töpfer: Es stimmt, gegenwärtig bekommt man das allein mit den erneuerbaren Energien nicht hin. Gerade deshalb benötigen wir dringend mehr Geld für die Verbesserung der Energieeffizienz, den Ausbau der erneuerbaren Energien und die Erforschung sauberer Technologien.

SPIEGEL: Das predigen Sie seit Jahrzehnten. Warum sind die Fortschritte so bescheiden?

Töpfer: So bescheiden sind sie gar nicht. Es gibt bereits die Möglichkeit, in kleinem Maßstab, verschiedene erneuerbare Energien intelligent zu koppeln, so, dass sie die Grundlast übernehmen können. Auch die dezentrale Erzeugung nimmt zu. Entsprechend steigt weltweit die Nachfrage nach unseren Technologien, aber auch nach den administrativen Förderinstrumenten. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz ist ein Exportschlager.

SPIEGEL: Prima, aber die großen Offshore-Windparks und CO_2-freie Kohlekraftwerke sind bisher nicht viel mehr als ein Versprechen.

* Irans Präsident Mahmud Ahmadinedschad (2. v. l.) beim Besuch der Atomanlage Natans am 8. April.



Minister Glos, Gabriel

HANS-CHRISTIAN PLAMBECK

Atomkraft – noch lange?

Unions-Strategen und Strombosse arbeiten bereits an einem neuen Energiekonsens.

Für Kanzlerin Angela Merkel verlaufen Treffen mit den Spitzenpolitikern der führenden Industrienationen meist äußerst angenehm. Frankreichs Staatschef Nicolas Sarkozy begrüßt sie liebevoll mit Küsschen links, Küsschen rechts, US-Präsident George W. Bush massiert ihr freundschaftlich den Nacken.

Beim G-8-Gipfel in Japan war in der vorigen Woche für die Kanzlerin alles noch viel schöner. Denn während Merkel mit Sarkozy, Bush und Co. über den Kampf gegen den Klimawandel verhandelte, erreichten die Kanzlerin aus der Heimat erfreuliche Nachrichten.

Nur noch 49 Prozent der Deutschen würden am Ausstieg aus der Atomkraft festhalten, meldete das Meinungsforschungsinstitut TNS Emnid. Fast genauso viele – 48 Prozent – könnten sich inzwischen für eine längere Nutzung erwärmen. Fast zeitgleich schlug SPD-Vordenker Erhard Eppler einen neuen Atom-Deal vor: Die SPD könnte einer längeren Laufzeit einiger Kernkraftwerke zustimmen, wenn zugleich der Neubau von Meilern im Grundgesetz verboten würde (SPIEGEL 28/2008).

Merkel im Glück: Nach Jahren des Stillstands rückt eines ihrer Lieblingsthemen wieder ins Zentrum der politischen Debatten – die Zukunft der Atomkraft. Fast wöchentlich wächst bei den einstmals so atomskeptischen Deutschen angesichts steigender Energiekosten die Zustimmung zur Nuklearenergie. Zugleich beginnen die Parteien, ernsthaft über einen neuen Energiekonsens nachzudenken, mit dem der alte rot-grüne Ausstiegsbeschluss von 2001 zumindest zu einem Teil ausgehebelt werden könnte. „Da kommt etwas in Bewegung“, so Merkel gegenüber Vertrauten.

Die Kanzlerin hält eine Verlängerung der Restlaufzeiten nur noch für eine Frage der Zeit. Würde sie nach der Wahl 2009 allein mit der FDP regieren, wäre der Ausstieg aus dem Ausstieg eines der wichtigsten Regierungsprojekte. Aber selbst eine rot-grüne Regierung käme in der nächsten Legislaturperiode nicht um eine Revision des Atomgesetzes herum, heißt es im Umfeld der Kanzlerin. Einige in der Union vergleichen das Thema gar mit Willy Brandts Ostpolitik: „Da rollt ein Zug, den man nicht aufhalten kann.“

Allerdings ist Merkel und den anderen Atomkraft-Befürwortern klar, dass es eine Verlängerung der Laufzeiten für die noch 17 deutschen Atomkraftwerke nicht kostenlos geben wird. Längst haben deshalb die Vorarbeiten für einen „Atomkonsens II“ begonnen. Es gilt, die störrischen Sozialdemokraten zu überzeugen.

Noch bleiben die Genossen hart. „Wenn die Energieversorger jüngere Atomkraftwerke länger laufen lassen wollen“, sagt Parteichef Kurt Beck, „müssen ältere Meiler schneller vom Netz.“ Die Kanzlerin schreckt das nicht. Der Eppler-Vorstoß wird in der Union als Signal gewertet, dass die Ablehnungsfront der Genossen bröckelt. Mit Interesse wird bei der Union auch verfolgt, dass Gewerkschafter wie der IG-BCE-Chef Hubertus Schmoldt sich dafür starkmachen, dass „Deutschland wieder in die Kernforschung einsteigt“.

An Ideen, wie ein neuer Atomkonsens aussehen könnte, herrscht kein Mangel. Experten in der Union feilen an Konzepten, um die Industrie zur Kasse zu bitten. Sie könnten etwa Zusatzgewinne aus den längeren Laufzeiten zu einem Teil für den Ausbau der alternativen Energien einsetzen. Der wirtschaftspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Laurenz Meyer, plädiert zugleich dafür, mit dem Geld die Stromtarife zu verbilligen.

Der CDU-Energieexperte Dietrich Austermann wiederum schlägt einen Nachhaltigkeitsfonds vor. Die großen Energiekonzerne sollen einen Cent für jede Kilowattstunde zusätzlichen Atomstrom bezahlen, damit könne etwa die Wärmedämmung von Gebäuden oder die Abscheidung von CO_2 aus Kohlekraftwerken gefördert werden.

„Wenigstens 60 bis 70 Prozent von den Milliardengewinnen der Stromkonzerne müssten in solch einen Fonds fließen“, fordert Klaus Töpfer, Ex-Chef des Uno-Umweltprogramms, im SPIEGEL-Gespräch.

Auch den großen Stromkonzernen schwebt eine Art Fondslösung vor, mit der sie die Politik ködern wollen. Von den Gewinnen aus längeren Laufzeiten, heißt es in der Industrie, gehen ohnehin rund 40 Prozent in Form von Steuern an den Staat. Vom Rest könne ein noch auszuhandelnder Prozentsatz in einen Fonds fließen, aus dem regenerative Energien gefördert, Sozialtarife finanziert und energieintensive Industrien unterstützt werden könnten.

Die Strombosse warten auf den Ausgang der nächsten Bundestagswahl. „Das ganze Geplänkel“, sagt ein hochrangiger RWE-Manager, „wird doch erst wirklich ernst, wenn es Koalitionsverhandlungen gibt und es tatsächlich darum geht, wer wirklich zu was steht.“

Roland Nelles, Wolfgang Reuter

Töpfer: Das ist nicht ganz falsch, leider. Deswegen drücke ich ja so aufs Tempo! Aber es wird schnell heute noch nicht vorstellbare technische Lösungen geben, sobald wir einen funktionsfähigen Markt für CO_2 haben. In den Instituten und Unternehmen laufen kluge Leute herum, wenn die, sagen wir, 35 Euro bekommen für die Übernahme einer Tonne CO_2, können Sie sicher sein, dass die darüber nachdenken, wie der Stoff sich geschickt umsetzen lässt, ob er sich in neue Kreisläufe einspeisen lässt, sich neue Verwendungen finden lassen.

SPIEGEL: Die Deutsche Energieagentur, je zur Hälfte von der Bundesregierung und einigen Banken finanziert, warnt vor einer Stromlücke durch den Atomausstieg. Das Umweltbundesamt dagegen behauptet, Deutschland könne selbst bei einer ehrgeizigen Klimapolitik weiterhin Strom exportieren. Was stimmt?

Töpfer: Es wird keine Engpässe geben, glauben Sie mir. Wir werden immer genügend Strom haben. Im vorigen Jahr, als sechs Kernkraftwerke kurzzeitig abgeschaltet waren, gab es auch keine Schwierigkeiten. Aber: Die CO_2-Emissionen steigen an!

SPIEGEL: Die AKW-Betreiber würden die Laufzeiten wohl am liebsten um 30 Jahre auf die international übliche Betriebsdauer von bis zu 60 Jahren verlängern. Wie viel würden Sie gestatten?

Töpfer: Nur weil Amerika und Frankreich Deutschland zur Abkehr vom eingeschlagenen Weg drängen, sollten wir darauf nicht eingehen. Ich kenne die Sorge, dass eine Verlängerung der Laufzeiten nur genutzt werde, um die Anstrengungen für die Entwicklung der erneuerbaren Energien zurückzufahren. Das darf auf keinen Fall passieren.

SPIEGEL: Wie lässt es sich verhindern?

Töpfer: Die Politik muss klare Bedingungen setzen. Schließlich haben wir einen Atomkonsens – auch wenn die Unternehmen, die diesen mit unterschrieben haben, den jetzt gern geändert sähen.

SPIEGEL: Noch mal, um wie viele Jahre geht es?

Töpfer: Wir müssen so schnell wie möglich die Struktur unserer Energieversorgung umstellen. Wie lange das exakt dauern wird, kann ich nicht sagen. Gewiss braucht man mehr als die derzeitige jährliche Steigerung bei der effizienten Nutzung von Energie um mindestens drei Prozent, man braucht saubere Kohle, erneuerbare Energien und ergänzend, für eine gewisse Zeit, die Kernenergie. Ohne mehr Investitionen in die Energieforschung geht das nicht.

SPIEGEL: Wie viel müssten von den zusätzlichen Milliardengewinnen der Stromkonzerne abgeschöpft werden?

Töpfer: Wenigstens 60 bis 70 Prozent müssten in einen Fonds gehen, der die sozialen Härten der hohen Energiepreise abmildert und die Forschung vorantreiben kann. Die bei den Unternehmen verbleibenden 30 bis 40 Prozent wären Anreiz genug. Davon kann man den Nachwuchs ernähren, hätte meine Großmutter gesagt.

SPIEGEL: Also ein neuer Atomkonsens?

Töpfer: Wenn Sie so wollen.

SPIEGEL: SPD-Politiker wollen darüber hinaus ein Neubau-Verbot im Grundgesetz verankern. Eine sinnvolle Idee?

Töpfer: Ich fürchte, dann haben wir bald eine Ansammlung von Technologien im Grundgesetz, die man nach der aktuellen Meinung nicht mehr weiterdenken darf. Davon halte ich sehr wenig. Wir dürfen beispielsweise nicht die Forschung zur Sicherheit der Atomenergie abbrechen lassen – die Fragen sind ja nicht gelöst.

SPIEGEL: Erst vorige Woche gelangten aus der südfranzösischen Atomanlage Tricastin 18 000 Liter Uranlösung in benachbarte Flüsse. Halten Sie die Gefahr eines katastrophalen Unfalls wie 1986 in Tschernobyl für gebannt?

Töpfer: Als Minister war ich in Deutschland siebeneinhalb Jahre verantwortlich für die Kernkraftwerke, ich rede also nicht wie ein Blinder von der Farbe. Niemand ist so gewissenlos, ein Kernkraftwerk zu betreiben oder dessen Laufzeit zu verlängern, wenn er weiß, dass es nicht sicher ist. Natürlich bleibt bei jedem Meiler stets ein Restrisiko. Auch ist die Entsorgung des Atommülls nicht geklärt. Deswegen beobachte ich mit Sorge, dass sich so wenige junge Leute für diese Technologien interessieren.

SPIEGEL: Eben wirkten Sie noch besorgt, weil sich alle Welt so sehr für die Nukleartechnik interessiert.

Töpfer: Natürlich, die Ankündigung, dass einige hundert Atomkraftwerke gebaut werden sollen, ist ein Alarmzeichen. Aber dass jeder energieabhängige Staat sich heute die Option Kernenergie sichern will, ist verständlich, solange nicht umsetzbare Alternativen angeboten werden. Nur: Nach neun Jahren im Ausland ist es für mich kaum vorstellbar, dass etwa der afrikanische Kontinent oder Länder wie China und Indien ihre Energieversorgung zentral auf Kernenergie aufbauen. Derzeit bin ich viel in Asien und den Arabischen Emiraten unterwegs. Auch das ölreiche Abu Dhabi schaut auf die Atomenergie und plant doch zugleich das Projekt einer komplett CO_2-freien Stadt – die Welt denkt in Alternativen.

SPIEGEL: Führen wir in Deutschland eine Scheindebatte?

Töpfer: Innenpolitisch ist es sehr bedeutsam, ob die Kernkraftwerke zwei, drei oder fünf Jahre länger laufen als bisher vorgesehen. Daran haben Parteien ihr Profil und politisches Gesicht gebunden. Aber global ist es nicht mehr als ein Wimpernschlag.

SPIEGEL: Mit dem womöglich der Bundestagswahlkampf geführt werden soll.

Töpfer: Das sehe ich noch nicht. Es wäre fatal, wenn wir wegen einer möglichen Laufzeitverlängerung von wenigen Jahren wieder eine Zukunft mit Kernenergie denken. Deutschland ist in der Entwicklung und Förderung der erneuerbaren Energien beispielhaft vorangekommen. Jetzt gilt es zu beweisen, dass eine prosperierende Volkswirtschaft eine Energieversorgung ohne Kernenergie aufbauen kann. Wenn nicht wir, wer dann?

SPIEGEL: Am deutschen Wesen soll die Welt genesen?

Töpfer: So würde ich das nie sagen. Kein anderes Land ist in der Entwicklung erneuerbarer Energien so weit wie wir. Wenn wir jetzt aus einigen laufenden Kernkraftwerken finanzielle Unterstützung ziehen können für eine Zukunft ohne Kernenergie, dann sollten wir nicht zögern.

SPIEGEL: Herr Töpfer, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

PAUL LANGROCK / ZENIT

Erdwärme-Erkundung*: *„Erneuerbare Energien koppeln“*

* Forschungsbohrung in der Schorfheide.